

## PRESSEMITTEILUNG

Mettmann, den 04. Februar 2005

„Der Entwurf des Kreishaushalts ist eine gute Arbeitsgrundlage. Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung wird weitergeführt ohne auf zukunftsweisende und innovative Akzente, z.B. in den Bereichen Sport, Tourismus und Integration, zu verzichten.“, stellt nach der Haushaltsklausurtagung der FDP-Kreistagsfraktion deren Vorsitzender Dirk Wedel fest. Eine Unterstützung des in dem Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Sportstätteninvestitionsprogramms könne sich die FDP-Kreistagsfraktion grundsätzlich vorstellen. Bei dem derzeit zu verzeichnenden extremen Auseinanderdriften der Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte sei es durchaus legitim darüber nachzudenken, durch welche Maßnahmen diese Unterschiede in einem erträglichen Ausmaß gehalten werden könnten, ohne dabei die Städte, die besser dastehen, um die Früchte ihres erfolgreichen Wirtschaftens zu bringen. Von dem Ausbau der Sportstätten werde ein Großteil der Bürger profitieren und die Attraktivität des Kreises gestärkt. Die vom Landrat vorgeschlagene Kreditfinanzierung des Sportstätteninvestitionsprogramms findet dagegen nicht die Zustimmung der Liberalen. Die dadurch entstehenden Zinsausgaben in Höhe von 1,7 Mio. € seien vermeidbar. „Unser Ziel ist es, die Nettoneuverschuldung soweit wie möglich zu begrenzen.“, stellt Dirk Wedel klar. Dazu soll auch die sogenannte Hardert-Rücklage in Höhe von 1,2 Mio. € aufgelöst und zur Senkung des Kreditbedarfs eingesetzt werden, da deren Verwendungszweck „Seniorenenerholung“ beim Kreis als Aufgabe ersatzlos weggefallen ist. Wenn es das Ende Februar vom Landtag zu beschließende Gemeindefinanzierungsgesetz 2005 zulasse, könne die veranschlagte Nettoneuverschuldung gänzlich entfallen und sei es gegebenenfalls sogar möglich, effektiv Schulden abzubauen. Soweit das Land nicht anderweitige Verwendungsbestimmungen schaffe, solle die investive Wohngeldpauschale nur in dem Umfang an die kreisangehörigen Städte ausgekehrt werden, als dies zur Herstellung einer Eigenbeteiligung der Städte an den Ausgaben von Hartz IV (Sozialgesetzbuch II und XII) inklusive eines dazu gegebenenfalls erforderlichen Härteausgleichs notwendig sei. Einer solchen Eigenbeteiligung nach der Dichte der Leistungsbezieher bedarf es nach Auffassung der Liberalen als Anreiz- und Steuerungselement, um ein größtmögliches Interesse aller kreisangehörigen Städte an der Vermittlung möglichst vieler Leistungsbezieher in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Zudem könne durch eine Eigenbeteiligung der kreisangehörigen Städte die Kreisumlage spürbar gesenkt werden. Auch im Verwaltungshaushalt hat die FDP-Kreistagsfraktion kleinere Einsparungspotentiale entdeckt. Hinsichtlich der Investitionen sehen die Liberalen weiterhin die Bereiche der Kreisschulen und des Straßenbaus als Schwerpunkte an. Nach der Realisierung der K 20n sollten weitere dringende Straßenbauprojekte im Kreis, beispielsweise in Mettmann, in Angriff genommen werden, so Dirk Wedel.